

Große Anfrage zur
Gesundheitssituation der MigrantInnen

Antwort lässt auf ungesicherte Datenlage und nicht ausreichendes Problembewusstsein schließen!

Zu der Beantwortung der Großen Anfrage der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Gesundheitssituation der MigrantInnen in Schleswig-Holstein erklärt die migrationspolitische Sprecherin, **Irene Fröhlich**:

MigrantInnen leiden im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung überdurchschnittlich häufig an Krankheiten, ihre gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen sind bei ungesichertem Aufenthaltsstatus bei der Versorgung schlechter und ihre Zugangsvoraussetzungen zu Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung sind insbesondere aufgrund sprachlicher Barrieren eingeschränkt. Dies sind im Kern die Ergebnisse der Großen Anfrage.

Zudem nutzen MigrantInnen die Gesundheitsvorsorge und präventive Maßnahmen deutlich weniger - offensichtlich aus Unkenntnis über die gesetzlichen Ansprüche sowie aufgrund der geringen mehrsprachigen Aufklärung und der geringen kulturspezifischen Angebote und Beratung.

Die Beantwortung der Anfrage hat deutlich gemacht, dass das Problembewusstsein in den Ämtern und Behörden bei der gesundheitlichen Versorgung der MigrantInnen in Schleswig-Holstein noch nicht ausreichend ist.

Dass MigrantInnen häufiger als Deutsche an Krankheiten leiden, liegt unter anderem darin begründet, dass sie häufiger in gesundheitsanfälligen oder körperlich anstrengenden Berufen tätig sind. Aber gerade in dem Bereich Arbeit und Gesundheit ist die Datenlage dürftig, da die Statistiken schlecht verknüpft sind. Abstimmungen zwischen den Länder-, Bundes- und internationalen Statistiken fehlen. Es gibt keine einheitliche Definition - darauf müsste sich auf Bundesebene erst einvernehmlich verständigt werden.

Ich begrüße sehr, dass die Forderungen des Integrationskonzeptes der Landesregierung aufgegriffen werden. Von den vier vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegebenen Fallstudien erhoffe ich mir die Klärung, welche Daten und welche genauen Informationen zur Zeit fehlen. Den Hinweis in der Beantwortung der großen Anfrage, dass trotz der unvollständigen und uneinheitlichen Datenlage die ausländischen ArbeitnehmerInnen und ihre Familienangehörigen sowie die SpätaussiedlerInnen in der Regel in die Gesundheitsvorsorgung gut integriert sind, kann ich deshalb nicht nachvollziehen.

Mit der Beantwortung der Anfrage ist offensichtlich geworden, dass die vorhandene Datenlage unzureichend ist und das in den vergangenen Jahren des Einwanderungsprozesses Versorgungslücken entstanden sind. Die angelaufenen Projekte geben mir die Zuversicht, dass die Defizite in absehbarer Zeit behoben werden können. Initiativen, wie z. B. der Verein SHEFA, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Versorgungsnetz aus medizinischen, psychiatrischen und psychosozialen Einrichtungen für Patienten ausländischer Herkunft in Schleswig-Holstein zu verbessern, sollten deshalb von der Landesregierung nach Kräften unterstützt werden.
